

## wirtschaftsinfo 59

von: Marcus Schwarzbach, 14.04.2021

Die Bundesregierung erklärt, „Gesundheit geht vor ökonomischen Fragen“. Die Praxis aber zeigt: Profite gehen vor, Maschinen müssen laufen. Forderungen an Unternehmen zu stellen, scheint außerhalb der Vorstellungskraft der Bundesregierung zu liegen.

Der „Lockdown“ verschleiert, dass in Betrieben durchgehend weitergearbeitet wurde und wird, nicht nur in Einzelhandel, Pflege oder Krankenhaus, sondern auch in der Produktion, in Banken und Versicherungen.... Und auch, wo es möglich wäre, schickten viel zu wenige ihre Angestellten ins Homeoffice.

Bei 75 Prozent der Infektionen ist unklar, wo sich die Betroffenen infizieren, erklärte die Bundeskanzlerin, die Frage, ob steigende Corona-Zahlen mit Ansteckungen am Arbeitsplatz zusammenhängen, spielt aber bei „Lockdown“-Planungen keine Rolle. Für strengere Corona-Regelverschärfungen verkündete Merkel bereits im August 2020 die Prioritäten: „Erstens das Wirtschaftsleben – zweitens Schule und Kita“.

Im Infektionsschutz-Gesetz, dem „Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ gibt es keine Regelungen zu Unternehmen, die Belegschaften in den Betrieben bleiben unerwähnt.

Die Themen dieser Darstellung sind:

- Wie ist die Situation der Beschäftigten in der Pandemie?
- Wie schlecht steht es um den Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt
- Was planen Unternehmen für die Nach-Corona-Zeit?

Die Erfahrungen des Autors als Referent für Betriebsratsseminare und als Sachverständiger für Betriebsräte sind in diesen Text eingeflossen.